



Thesepapier zur Freiwilligenarbeit

Thesepapier von „DIE ARMUTSKONFERENZ“ anlässlich des europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011, das auf die Bedeutung von Freiwilligenarbeit aus Sicht sozialer Organisationen bzw. aus der Sicht von sozial Benachteiligten eingeht.

Freiwilligenarbeit ist eine Bereicherung für die Gesellschaft insgesamt, da ihr eine Brückenfunktion zwischen Menschen zukommt, sie Lernfelder eröffnet und aktive Solidarität ermöglicht. Freiwilliges Engagement gibt die Möglichkeit zu einer aktiven Einbindung in die Gesellschaft und fördert soziale Inklusion. Freiwilligenarbeit erbringt für die Gesellschaft zusätzliche Leistungen und erlaubt sozialen Organisationen eine Vertiefung ihrer Tätigkeiten, da Freiwillige wertvolle Zusatzqualitäten in das Angebot gemeinnütziger Organisationen einbringen.

Solidarität und Partizipation

Solidarität und Eigenverantwortung sind keine Gegensätze. Die Aktivierung von Bürgern und Bürgerinnen in der Freiwilligenarbeit braucht klare Qualitätsmerkmale und den politischen Willen zur Partizipation. BürgerInnenengagement ist nicht nur eine Dienstleistung, sondern Ausdruck einer gesellschaftlichen, demokratischen Haltung.

Es braucht geeignete Rahmenbedingungen

Die Arbeit mit Freiwilligen braucht maßgeschneiderte Rahmenbedingungen, eine professionelle Begleitung sowie eine zeitgemäße Anerkennungskultur. Die Betreuung der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen braucht dementsprechend ausreichende finanzielle, zeitliche und fachliche Ressourcen. Freiwilliges Engagement braucht sozialrechtliche Absicherung. Die Politik ist gefordert diese Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ohne Sozialstaat keine Freiwilligenarbeit!

Freiwilligenarbeit soll und kann professionelle Arbeit nicht ersetzen. Die Abwälzung von Kernaufgaben des Sozialstaates auf Freiwilligenarbeit im Zuge von Rationalisierungs- und Ökonomisierungsmaßnahmen ist nicht akzeptabel. Schon alleine aufgrund der immanenten Unverbindlichkeit lässt sich kein dauerhaft tragfähiges System nur auf Freiwilligen aufbauen. Überdies kann Freiwilligenarbeit soziale Rechte nicht ersetzen. Ganz im Gegenteil braucht freiwilliges Engagement einen gut funktionierenden Sozialstaat.

Eine Frage der Politik!

Freiwilligenarbeit ist Teil der Gesellschaft. D.h ganz konkret, dass sich Macht- und Geschlechterverhältnisse, ökonomische Ungleichheiten, soziale Barrieren widerspiegeln. Die beste „Freiwilligenpolitik“ – im Sinn der Sicherung von Rahmenbedingungen, die für alle, die es wollen, Freiwilligenarbeit möglich macht – ist eine konsequente Politik gegen soziale Ungleichheit und Ausgrenzung.

Wir brauchen eine Gesellschaft, in der Menschen jenseits der Erwerbsarbeit an der Gesellschaft teilhaben und gesellschaftliche Aufgaben mit sinnvollen Tätigkeiten verbinden können. Einer neuen Politik des Sozialen stellt sich damit die Aufgabe die Spaltung der Gesellschaft und die Ausgrenzung vieler Menschen zu verhindern.



Die Politik ist daher gefordert, unter anderem den Zugang zu Freiwilligenarbeit für Alle gleichermaßen offen zu halten, etwa durch entsprechende rechtliche Absicherung und ausreichende finanzielle Förderungen.

Gleicher Zugang für Alle

Die Möglichkeit zu freiwilliger Tätigkeit ist nicht für alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen gegeben. Zum einen sind mit Freiwilligenarbeit oftmals hohe Anforderungen verbunden, zum anderen muss man sich Freiwilligenarbeit „leisten können“. Es ist eine Herausforderung an die Freiwilligenorganisationen auch sozial benachteiligte Menschen in die Freiwilligenarbeit miteinzubeziehen und entsprechende Rahmenbedingungen zu gestalten.

Auch Selbstorganisation ist Freiwilligenarbeit

Selbsthilfe und Selbstorganisation sind im Zusammenhang mit Freiwilligenarbeit wenig im Blick. Selbstorganisation bedeutet (politische) Freiwilligenarbeit in einer benachteiligten sozialen Lage und schließt die eigene Betroffenheit in das Engagement mit ein. Selbstorganisation erfährt oftmals nicht die gesellschaftliche Anerkennung und wird teils marginalisiert, teils behindert (beispielsweise im Fall ehrenamtlichen Engagements von Erwerbsarbeitslosen).

Hilfe ist keine Einbahnstraße

Ehrenamtliche Tätigkeit erfordert soziale Kompetenz und schafft wiederum mehr an sozialer Kompetenz. Freiwilligenarbeit bedeutet daher oftmals, aus privilegierter Situation etwas für die Gesellschaft zu tun, während insbesondere Menschen in prekären Lebenssituationen nicht im gleichen Maße die Möglichkeit haben, ehrenamtlich tätig zu werden. Ehrenamtliches Engagement alleine aus Gründen des Statussymbols birgt die große Gefahr in sich, dass jene Menschen, denen das Engagement gilt, zu „Objekten“ degradiert werden.

Diese Dynamik muss von politisch Verantwortlichen und von Freiwilligenorganisationen gesehen werden.

Eine Kultur der Offenheit

Auch „Zupacken, wo es Not tut“ gehorcht Wertvorstellungen, ebenso die durch Freiwilligenarbeit intendierten Problemlösungen.

Innerhalb sozialer Einrichtungen stellt sich die Frage nach neuen Organisationskulturen, einer Kultur der Öffnung, um durch Partizipation und Teilhabe eine stärkere Einbindung von Ehrenamtlichen zu ermöglichen.

Entstanden in Zusammenarbeit von

Margit Appel (Ksoe), Gernot Ecker (Hilfswerk), Maria Lettner (Bundesjugendvertretung), Judit Marte-Huainigg (Caritas), Michaela Moser (ASB Schuldnerberatungen), Doris Pettighofer (ÖPA), Gertraud Rief (Evangelische Akademie), Hansjörg Schlechter (Neustart)